

Einwände gegen Kapitalismus, Demokratie und Nation

In diesem Workshop soll es um die big points der Gesellschaftskritik gehen:

- Was zeichnet eine kapitalistische Produktionsweise aus? Und was hat es mit dem Eigentum auf sich? Ist das ein Spleen der Kommunisten – oder was ist daran so wichtig? Was meint der Vorwurf „Klassengesellschaft“? Ist der nicht viel zu undifferenziert?
- Demokratie bedeutet, dass alle Mitglieder einer Gesellschaft mit bestimmen sollen. Was ist daran kritikabel?
- Nationalismus halten viele für doof und gemein. Aber was ist das eigentlich? Eine falsche Einstellung, die man/frau auch sein lassen könnte?

Ein Workshop, der sich an alle richtet, die an dieser Gesellschaft das ein oder andere schädlich finden, und dem „System“ daran auf der Spur sind.

Viele kritisch denkende Leute bzw. Linke kritisieren an unserer Gesellschaft

- dass von wahrer Freiheit keine Rede sein kann, wo das Individuum von kapitalistischen Erwerbs- und Konsumzwängen erfasst und bis zum letzten Fitzel eingeordnet wird und wo staatliche Regeln und eine repressive Moral wahre Bedürfnisse unterdrücken;
- dass Demokratie nur ein Wahlzirkus ist, in dem die Leute von allen wirklichen Entscheidungen ausgeschlossen sind;
- dass soziale Ungleichheit diese Gesellschaft zunehmend beherrscht;
- dass „das Soziale“ ab- statt aufgebaut wird;
- dass ein aggressives Konkurrenzdenken die Leute immer unangenehmer macht und Gemeinschaft in der bürgerlichen Welt keinen Platz hat.

Einiges davon trifft zu, anderes stimmt nicht, ist daher zu kritisieren oder wäre zumindest genauer zu bestimmen – das soll heute zumindest in Ansätzen geschehen.

Einen Schluss, der aus diesen Beobachtungen/Erklärungen gezogen wird, will ich aber gleich vorneweg stellen und im Workshop zentral angreifen: Aus den zitierten Gründen wird oft Partei ergriffen

für Freiheit – die wahre, die wirkliche, die es noch gar nicht gibt –,
für Gleichheit – gegen die herrschende Ungleichheit,
für Basisdemokratie – gegen die ‚formale bürgerliche‘ Demokratie,
für den Sozialstaat – gegen den „Neoliberalismus“,
für Gemeinschaft statt Gegeneinander.

Darin bleiben sie, die linken Kritiker, den Prinzipien, die sich diese unsere Gesellschaft selbst auf die Fahnen geschrieben hat, eigentlich sehr treu. Sie sind offenbar der Meinung, dass – wenn diese Prinzipien nur tatsächlich zum Zuge kommen würden – es hier viel mehr in ihrem Sinne zuginge und sich angenehmer leben ließe. Deshalb will ich an dieser Stelle ansetzen und diese „heiligen Kühe“, die für sich

genommen auch den Kritikern eigentlich gut und unverdächtig vorkommen, einer Analyse unterziehen. Der Versuch zielt darauf, den Zusammenhang zu erklären, der zwischen diesen für gut erachteten Prinzipien und der weniger schönen Realität besteht.

1. Freiheit, Gleichheit, Eigentum

a) Jeder ist in dieser Gesellschaft frei, das zu wollen und zu tun, was ihm passt – selbstverständlich im Rahmen der geltenden Gesetze. Das ist ganz ernst gemeint: Keiner muss hier und heute einem anderen Zweck dienen als *sich selbst* und *seinen Interessen*, nicht dem lieben Gott, einer adligen Herrschaft oder einem Staat, der ihm befiehlt. (Beispiele: Jeder kann rumlaufen, wie er will – keine Kleiderordnung; jeder kann sich zurechtmachen, wie er will, trinken, was er will, lieben, wen er will.) Der freie Wille des Individuums ist anerkannt. Der kleine Haken: Dass man alles wollen darf, ist anerkannt – die *Mittel*, um diesen Willen zu verwirklichen, sind damit allerdings noch nicht vorhanden. (Beispiele: Reisefreiheit – DDR-Bürger! Wohnen darf man – kann man es deshalb auch schon? Pressefreiheit – wann geht die eigentlich? Schöne Ferien machen – was ist dafür nötig? Auch für alternative, scheinbar unmaterialistische Vorstellungen: Sex, Drugs, Rock'n'roll braucht es einiges: Drogen, Bett, voller Magen; selbst wenn man nur Liebe machen will...) Also zusammengefasst: alle Ziele, was auch immer man will, sind eine Frage der Mittel (so kommen die Kommunisten mit ihrer Gesellschaftskritik darauf, dass es auf den Materialismus ankommt!)

Die Mittel, die es für all das braucht, sind auch durchaus und ziemlich massenhaft vorhanden in dieser Welt. Um an sie ranzukommen, gilt allerdings eine Bedingung: sie sind *Eigentum*, sie gehören jemandem, ihren Eigentümern nämlich, – eine Bestimmung, die der gleiche Staat ganz parallel dazu, dass er den Willen seiner Bürger anerkennt, ebenfalls in Kraft setzt.

Jede Person ist also frei und sie ist Eigentümer von dem, was ihr gehört – beides respektiert der Staat und zu diesem Respekt zwingt er auch alle seine Bürger untereinander. Das heißt für einige: Sie sind in Besitz der Mittel, ihre Interessen zu realisieren, weil sie über Eigentum (Geld, Vermögen) verfügen. Das heißt für die allermeisten: Sie sind ausgeschlossen davon. Sie sind ausgeschlossen von den schönen Dingen, die zwar massenhaft vorliegen und Mittel dafür sein könnten, interessante Sachen mit ihnen anzustellen, die aber eben Eigentum von jemandem sind und allen anderen deshalb nicht ohne weiteres zur Verfügung stehen.

Allerdings gilt dieser Ausschluss nicht für immer und ewig. Denn die Eigentümer all der schönen Dinge sind zwar sehr dafür, dass der Rest der Menschheit respektiert, dass ihnen alles Mögliche gehört. Aber nicht, weil sie all das unbedingt *haben* wollen (was soll der VW-Chef auch mit einer Million VWs, was soll der Rewe-Filialleiter mit Müsli-Schachteln und Kohlköpfen, was soll die Immobilienfirma mit

tausend Wohnungen?), sondern weil sie das gewinnbringend an diejenigen verkaufen wollen, die es *brauchen*, aber eben *nicht haben*. Kurze Zwischenbemerkung: Eigentum ist also nicht der Zugriff auf das, was man persönlich nutzt – so stellen es sich meist diejenigen vor, die nicht viel davon haben: *mein* Smartphone, *mein* Fahrrad, *meine* Musikanlage, *mein* Haus. Sondern es ist die „ausschließliche Verfügungsgewalt über Sachen“ (das die Definition im BGB), die *man hat, aber gerade nicht braucht*. Diese Sachen kann man nämlich dann erpresserisch in Anschlag bringen gegen diejenigen, die sie brauchen: Man verlangt schlicht und einfach Geld dafür.

Die beiden Prinzipien Freiheit und Eigentum stiften insofern ein kollektives Bedürfnis aller Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft: Obwohl man Geld bekanntlich nicht essen kann, *muss !* jedermann/jede Frau nämlich jetzt sehen (ganz egal wie jemand darüber denkt!), wie er/sie an Eigentum/Geld kommt, um sich so die *Mittel* zu verschaffen, die es für die Ausübung der Freiheit braucht: jeder braucht eine Geldquelle. An Geld zu kommen, wird damit für jedes Mitglied dieser Gesellschaft zur Notwendigkeit.

Gleichzeitig erklärt diese Gesellschaft diese Frage, die sie selbst zu einer existentiellen Notwendigkeit gemacht hat, zu jedermanns Privatsache; es ist das Problem für jeden einzelnen, wie er/sie sich alles für sein Leben Notwendige und darüber Hinausgehende beschafft. Um an Geld zu kommen, muss man etwas haben, das man verkaufen kann. Die Möglichkeit dazu erweist sich bei den meisten als ziemlich beschränkt (Flohmarkt – und dann?) Damit man etwas verkaufen kann, muss man etwas herstellen. Die Frage, ob man etwas verkaufen kann, um an Geld zu kommen, erweist sich insofern als Frage danach, ob man über Produktionsmittel verfügt, mit denen man etwas Verkaufbares herstellen kann.

Ist das der Fall, produziert man bspw. Blumen in seinem Garten, dann kann man Blumen auf dem Wochenmarkt verkaufen; verfügt man über eine Ölquelle und ist in der Lage, das Öl zu fördern, kann man das Öl auf dem Ölmarkt verkaufen. Ist man VW-Chef und besitzt eine Autofabrik, kann man Autos auf dem Automarkt verkaufen. Hat man all das nicht, dann tritt man – auf dem Arbeitsmarkt an und verkauft seine eigene Arbeitskraft.

Zwischenfazit: Von der Freiheit, alles wollen zu dürfen, sind wir bei gleichzeitiger Geltung des Prinzips Eigentum darauf gekommen, dass jeder Geld verdienen muss, um an die Mittel zu kommen, mit denen er seinen Willen verwirklichen kann. Wer nicht über ein genügend großes Vermögen verfügt, das er selbst in die Produktion von verkaufbaren Dingen investieren kann, muss daher arbeiten gehen, seine Arbeitskraft verkaufen.

Dieser Verkauf hat allerdings seine Tücken. Im Normalfall gilt, dass man Arbeitskraft nur unter der Bedingung verkauft kriegt, dass sie denjenigen, der sie brauchen

kann, reicher macht, sprich: sein Eigentum vermehrt. Warum? für die Seite der Arbeitskraft existieren *Angebotszwang* und *Unterbietungswettbewerb*. Umgekehrt haben diejenigen, die im Ausgangspunkt schon über Eigentum verfügen, die Freiheit, es nur dort zu investieren, wo es sich aller Wahrscheinlichkeit nach vermehren wird. So können sie *ihre* Bedingung zur sozusagen objektiven Bedingung machen, unter der in einer Eigentumsgesellschaft überhaupt mit Arbeit Geld verdient werden kann: Die Arbeit der einen muss das Eigentum der anderen vermehren, sonst findet sie nicht statt; sie muss „rentabel“ sein. Wie dringend und existentiell jemand darauf angewiesen ist, Geld zu verdienen, spielt dafür überhaupt keine Rolle – davon können die Millionen Arbeitslosen in diesen Gesellschaften ein Lied singen. Die Konsequenz: der Lohn für die Arbeitskraft (sprich: die Lebensmittel derjenigen, die arbeiten gehen!), stellt in der betrieblichen Kalkulation eine Kost dar und fällt deshalb notorisch niedrig aus, die Arbeitszeit dagegen möglichst lang, die Leistung möglichst hoch. Dann ist die Arbeit „rentabel“ und wenn das nicht so ist, gibt es den schönen Arbeitsplatz erst gar nicht = das ist die Erpressungsmacht des Kapitals in diesem Verhältnis.

b) *Jeder* ist zu diesen ökonomischen Operationen (Waren oder Arbeitskraft verkaufen, in Produktionsmittel investieren und Arbeitsplätze anbieten oder aber arbeiten zu gehen) in *gleicher Weise* berechtigt – ob Mann oder Frau, katholisch oder alevitisch, weiß oder farbig, behindert oder nicht. Das gilt (nach historischen Zwischenetappen, in denen die generelle Gültigkeit erkämpft wurde) inzwischen allgemein: gleichgültig gegen die Besonderheiten jeder Person. Daran spätestens hat sich herausgestellt, dass der Haken für die „Benachteiligten“ in Sachen Recht eben woanders liegt: Nicht in ihrer Ungleichbehandlung, ihrer Diskriminierung, sondern gerade in ihrer *Gleichheit vor dem Gesetz*. Denn die diskriminierungsfreie Gleichbehandlung aller stellt sich gerade gleichgültig gegen alle *Mittel*, über die die Individuen verfügen, wenn sie in die Konkurrenz um Eigentum einsteigen. Besitz bzw. Nichtbesitz von Geldvermögen sortiert die Möglichkeiten eines jeden da nämlich schon sehr gründlich!

(Um einen verbreiteten Gedanken vorweg zu nehmen: Kompensation über eine chancengleiche Bildungskonkurrenz ist da kein wirklicher Ausweg – sie führt bestenfalls dazu, dass die soziale Herkunft keine Rolle für die Besetzung der zu vergehenden Jobs am oberen Ende der gesellschaftlichen Skala spielt und es Arbeiterkinder zu Ärzten, Managern und Kanzlern schaffen; die Hierarchie der Jobs in dieser Gesellschaft löst sie natürlich nicht auf, die ist nämlich längst vor aller schulischen und universitären Konkurrenz und ihren Resultaten *gegeben*.)

c) Achtung also bei einer Kritik dieser Verhältnisse, die darin besteht, endlich wirkliche Freiheit und wirkliche Gleichheit angesichts von Zwang und sozialer Ungleichheit zu fordern: die *Gültigkeit* von Freiheit und Gleichheit führt nämlich genau zu dem, was die Kritiker überwinden wollen.

2. Eigentum, Freiheit, Gleichheit = eine *Klassengesellschaft*.

a) Mit diesen dürren Prinzipien ist insofern unsere ganze Gesellschaft mit ihren *Klassen* etabliert: Geldbesitzer, die aus ihrem Vermögen mehr machen wollen und sollen, finden eine stets genügend große Schar von Leuten vor, die im Ausgangspunkt über nix verfügen und bereit sind, gegen Lohn bei ihnen zu arbeiten (nicht vom Himmel gefallen, selbst Resultat gewaltsamer Enteignungsprozesse!). Das ist das Material der kapitalistischen Reichtumsproduktion, in der die Arbeitskräfte zum Mittel dafür werden, dass das Eigentum der anderen ständig wächst. Ihre Arbeit macht *sie selbst* nicht reich – andere aber schon. Wie ihre Arbeitskraft möglichst produktiv ausgebeutet wird, wie der technische Fortschritt dafür eingesetzt wird, dass die Kosten für die bezahlte Arbeit immer geringer werden und die Arbeit immer produktiver wird, so dass das Kapital seine Waren besser als seine Konkurrenten an den Mann bringen kann – das ist der Inhalt, um den sich dann alles dreht – Produktion von immensem Reichtum, globale Konkurrenz, Krisen, Arbeitslosigkeit usw. alles eingeschlossen.

Lesetipp: Margaret Wirth und Wolfgang Möhl, Arbeit und Reichtum

b) Anmerkung zu soziologischen Erklärungen dieser Gesellschaft: nicht „unterschiedliche Teilhabe“ oder „Ungleichheit“... sondern: *Gegensatz* ihrer Interessen macht die Klassen aus. Nicht unterschiedliche Einkommenshöhen, sondern dass der niedrige Lohn, die lange Arbeitszeit, die intensive Ausbeutung notwendige *Mittel* der Vermehrung von Eigentum, des Unternehmergewinns, sind. Vergleich mit überkommenen Arbeitsverhältnissen Sklaverei – alles (bis hin zu unmittelbaren Dienstbarkeits- und Herrschaftsverhältnissen) taucht heute wieder auf, aber als Werk freier Personen, die sich „nur“ um das Geld für ihren Lebensunterhalt bemühen müssen.

c) Umgekehrt sieht die gesamte Gesellschaft so aus, dass alles – bis hin zu privaten Konsumwünschen – von vorne bis hinten in den Dienst der Akkumulation gestellt ist.

3. Diese Gesellschaft von Eigentümern (das sind ja alle, gleichgültig ob sie über Geldvermögen oder „nur“ über ihre Arbeitskraft verfügen!) beruht auf und braucht ständig eine *staatliche Gewalt*, die sie beaufsichtigt.

a) Die Konkurrenz, die die Individuen erlaubtermaßen gegeneinander anzetteln, beinhaltet lauter Übergriffe auf Person und Eigentum des anderen (Verschleiß in der Arbeit untergräbt die „unverletzliche Person“ und damit die Konkurrenzfähigkeit eines Individuums, der Vollzug der Konkurrenz sorgt beständig für Enteignung unter den Kapitalisten, etc.).

b) Deshalb die Notwendigkeit einer über allen stehenden Gewalt als „Klammer“ (wie Marx es sagt): Sie zwingt mit ihrer Gewalt als ihrer ersten und großen Leistung alle dazu, die Prinzipien der Konkurrenz Tag für Tag zu achten, obwohl sie es zum großen Teil gar nicht aushalten. (Bürgerliche Ideologie: der Staat sorgt für *Ordnung* – Auflösung: er erzwingt eine Gesellschaft, die so viel Gegensatz enthält, dass sie seine Ordnungsstiftung dauerhaft braucht.) Und sie sorgt zweitens auch materiell dafür, dass die Fähigkeit ihrer Bürger zur Konkurrenz allgemein aufrechterhalten wird, obwohl die Interessen der Eigentümer diese dauernd untergraben (Produzenten von Lebensmitteln müssen dazu gezwungen werden, dass sie nicht wegen ihrer Gewinninteressen die Bevölkerung mehr vergiften – Grenzwerte sorgen für einen durchaus gesundheitsschädlichen, aber eben nicht unmittelbar tödlichen Verlauf; Unternehmen müssen dazu gezwungen werden, auf Arbeitsschutz, Mutterschutz u.ä. zu achten – ihr Profitinteresse würde noch nicht einmal das Nachwachsen einer Klasse von Lohnarbeitern ermöglichen; Arbeitnehmer müssen dazu verpflichtet werden, sich im Urlaub zu erholen statt „nebenher“ Geld zu verdienen).

c) Der Staat ist damit selbst die erste und große Einschränkung von seinen Freiheitsprinzipien (seine Steuern und Sozialabgaben = Enteignung, seine Wehrpflicht = Übergriff auf Person) – aber eben zugunsten dessen, dass nur so die Bedingungen einer kapitalistischen Ökonomie nachhaltig erhalten werden können.

4. Der Staat macht die kapitalistische Produktion zu einem wirklichen „System“.

a) Er setzt im Innern durch, dass seine gesamte Gesellschaft zu einem Standort für kapitalistische Akkumulation wird. Dieser Ausbau kapitalistischer Geschäftstätigkeit ist in vielen Bereichen notwendigerweise Staatswerk (Infrastruktur, Bildung, Forschung, Sozialpolitik). Im heutigen „fertigen“ Kapitalismus durchforstet er alle Bereiche, von der Stromversorgung bis zum Krankenhaus und der Behindertenbetreuung, darauf, ob sie nicht selbst Mittel einer Gewinnproduktion sein können („neoliberale“ Privatisierung).

b) Historisch gehört dazu politisch vor allem die Durchsetzung der bürgerlichen Staatsgewalt und ihres Rechts als das oberste und unangefochtene Prinzip – gegen alle überkommenen feudalen, föderalen und ideologisch abweichenden Standpunkte (Kampf gegen Gewerkschaften, Kommunisten und Sozialdemokraten). Das schlägt sich bis heute in der Verfassung nieder, Art. 18: Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit.

c) Der staatliche Ehrgeiz in dieser Frage, die Bedingungen für das Wachstum von Geschäft in seiner Gesellschaft ständig und überall vorwärts zu bringen, hat seinen Grund darin, dass sein „nationaler Kapitalismus“ und dessen Erfolg Mittel einer Konkurrenz mit anderen Staatswesen ist, die das gleiche Programm verfolgen

(von hier aus eröffnet sich das weite Feld imperialistischer Politik und ihrer Bestimmungen: Außenwirtschaft und ihre erfolgreiche Absicherung gegen die anderen Staaten).

5. Gerade die von dieser Produktionsweise Geschädigten brauchen den Staat und seine Gewalt: *Sozialstaat*.

a) Die populäre Vorstellung sieht so aus, dass sich der Kapitalismus durch seine Sozialpolitik zur „sozialen Marktwirtschaft“ gewandelt und dadurch Elend und Ausbeutung überwunden habe. Die Wahrheit ist: Gerade die Vielzahl sozialpolitischer Maßnahmen, die das Leben der Erwerbstätigen buchstäblich von der Wiege bis zur Bahre, von Mutterschutzvorschriften bis zur Pflegeversicherung, begleiten, ist ein einziges Armutszeugnis. Hilfe unterstellt Hilfsbedürftigkeit. Wenn die moderne Sozialpolitik inzwischen in 12 Sozialgesetzbüchern geregelt ist und den größten Posten im Staatshaushalt ausmacht, dann zeigt das – mehr als alle linken Anschuldigungen –, eine wie unzureichende Einkommensquelle die Erwerbsarbeit ist, auf die die Prinzipien von Freiheit und Eigentum die Mehrheit der Bevölkerung festlegen. Dass sich die Arbeiter den Sozialstaat erkämpft haben (wie SPD und Gewerkschaften immer wieder gerne betonen, um sich zu loben), stimmt – heißt aber leider noch lange nicht, dass der Sozialstaat die Probleme der Erwerbstätigen aus der Welt geschafft hätte. Mit seinen sozialstaatlichen Regelungen und den Sozialkassen, die er von den Lohnabhängigen finanzieren lässt, sorgt der Staat vielmehr dafür, dass die Armut, die seine Unternehmer dauerhaft erzeugen, ökonomisch und politisch nützlich bleibt.

b) Darin liegt auch der Grund für nationale Unterschiede sozialstaatlicher Regelungen und auch zeitlicher Konjunkturen innerhalb einer Nation (wo ist wie viel Pflege des jeweiligen Arbeitsvolks nötig? – hier spielen verschiedene Momente eine Rolle: ök. Konkurrenzsituation, pol. Zugriffsmöglichkeit auf Arbeitskräfte, Kampf der Gewerkschaften). Allgemein gilt: der Sozialstaat wird aus denselben Gründen *auf-* wie *abgebaut* – als *Mittel* der nationalen Akkumulation (gegen „neoliberale“ Denke als Grund!).

Lesetipp: Vortrag zu 10 Jahre Hartz IV, Gruppe K

6. Die *Demokratie* ist die Art und Weise, wie politisch die Staatsräson einer kapitalistischen Klassengesellschaft her- und sichergestellt wird.

a) In dieser Gesellschaft gilt – grundgesetzlich verbürgt – *Meinungsfreiheit*: ökonomische und politische Unzufriedenheit sind als zur Gesellschaft gehörige unterstellt, dürfen und sollen sich äußern. Allerdings: jeder Einwand hat sich zu bemessen am demokratischen Procedere: er ist als private Meinung, öffentlich geäußertes kritischer Kommentar und sogar als kollektive Demonstration des Unmuts zugelassen. Was aber nicht verlangt werden darf, ist die praktische Konsequenz der

geäußerten Kritik. Anders gesagt: Jede Meinung ist darauf verpflichtet, Meinung zu bleiben (also nicht ernst genommen zu werden) – während die regierende Politik praktisch das umsetzt, was sie für richtig hält. (Exemplarisch: auch beim G20-Gipfel in Hamburg war Kritik zugelassen, teilweise sogar erwünscht – soweit sie eben dafür stand, Verbesserungen an der Weltordnung, die gilt, zu verlangen und damit sogar die deutsche Kanzlerin in ihrem Kampf gegen Fundamentalismus, Rechtspopulismus und Protektionismus, sprich: Erdogan, Putin, Trump! zu unterstützen; niedergemacht wurden die Demonstranten, bei denen dieser „Grundkonsens“, insbesondere die Frage, ob das staatliche Gewaltmonopol eindeutig anerkannt wird, im Ausgangspunkt zweifelhaft war.)

b) Bürger werden darüber hinaus explizit an politischen Entscheidungen beteiligt: Wahlen. Was steht dabei zur Wahl? Nicht das System selbst und seine Prinzipien! Entscheiden dürfen die Wahlberechtigten über das *Personal* der Herrschaft und sie tun es nach dem Kriterium, welcher Kandidat, welche Partei verspricht, dass sie *Deutschland* und seine Belange in den nächsten vier Jahren am besten verwalten wird.

Auf Basis der absoluten Gültigkeit der vorher erläuterten Prinzipien, auf Basis dessen, dass in dieser Gesellschaft jeder bedingungslos darauf angewiesen ist, Geld zu verdienen; auf Basis dessen, dass insofern alle wissen und eingesehen haben, dass das Wachstum „unserer“ Unternehmen die alternativlose Lebensbedingung für alle ist, sollen alle Bürger „einsehen“, dass ihr privates Vorwärtskommen, ihre privaten Probleme davon abhängen, dass die politische Verwaltung des deutschen Standorts einwandfrei klappt. Und diesen Punkt *haben* die deutschen Wähler inzwischen eingesehen: Soweit es überhaupt einen Wahlkampf gibt (denn klar ist sowieso, dass Merkel weiter regiert), wird der geführt über die Frage, welche Partei, welcher Kandidat dem Volk am deutlichsten machen kann, dass der Staat sich umstandslos durchsetzen muss – gegen Kriminelle, gegen Flüchtlingsschlepper, gegen das unbotmäßige Ausland, in Europa wie im Rest der Welt. Alles andere, jede Rücksicht auf soziale Fragen, und sei es nur die Rückkehr zur Zeit vor „Hartz IV“ (die ja nicht gerade unkapitalistisch war), gilt als unlauteres Wahlversprechen oder Populismus.

c) Einige der deutschen Parteien haben wesentliches geleistet für die Herstellung dieses staatsbürgerlichen Konsenses, auf dessen Basis die deutsche Demokratie heute so wunderbar funktioniert. Die SPD hat als Partei der Arbeiterklasse auf der einen Seite den deutschen Staat zu einer gewissen Berücksichtigung der Interessen des Arbeitsvolks genötigt. Dafür hat sie umgekehrt diesem Arbeitsvolk in entscheidenden Situationen stets (wenn nötig auch gewaltsam) klar gemacht, dass es zu diesem Staat gehört – und nicht auf sozialistische Experimente verfallen soll. Die Grünen haben das deutsche Wirtschaftswunderland darauf aufmerksam gemacht, dass es auf Dauer schädlich ist, vor lauter Profitmacherei die natürliche Basis zu ruinieren, die es dafür auch braucht. Umgekehrt ist aus einer Partei flippiger

Latzhosenträger und Friedensbewegter darüber inzwischen ein Haufen selbstgerechter Moralbolzen geworden, die kein Problem damit haben, andere Staaten mit Krieg zu überziehen – im Namen der Menschenrechte, versteht sich.

Auf diese Art und Weise modernisieren solche Parteien mit ihrem Gesichtspunkt – soziale bzw. ökologische Interessen sollten berücksichtigt werden – tatsächlich den Staat als kapitalistischen Standortverwalter. Umgekehrt werden aus ihnen als ehemaligen Protestparteien dann eben auch ganz konstruktive Bestandteile der politischen Elite (des „Establishments“).

7. Das *Volk* stellt sich auf Basis seiner umfassend hergestellten Abhängigkeit grundsätzlich konstruktiv zu Eigentümer- und Staatsinteressen.

a) Es nimmt zu seinem kapitalistischen Alltag das Verhältnis ein, sich (wie immer, ganz unspektakulär!) unter den gegebenen Bedingungen durchschlagen zu müssen: es geht in die Schule, nimmt eine Arbeit an, kauft ein, kriegt Kinder und erzieht sie. Und wenn das alles nicht richtig klappt, versucht es, unter den neuen Bedingungen klarzukommen – mit prekärem Lohn, Hartz-IV oder sonst wie.

b) In diesem so eingerichteten „Lebenskampf“ ist es angewiesen auf die Obrigkeit, sowohl in Rechtsfragen wie als Sozialstaat. Gerade diejenigen, die auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind, brauchen den Staat und dessen Gewalt hinten und vorne: Sie brauchen ein Mietrecht, sie brauchen eine Lebensmittelordnung, sie brauchen insbesondere die staatliche Sozialpolitik mit Arbeitsrecht und –schutz, Arbeitslosengeld, Krankenversicherung und Rente, sie brauchen die staatliche Elendsbetreuung, wenn ihre Erwerbstätigkeit nicht funktioniert usw. usf.

c) Deshalb stellt sich das Volk auch innerlich auf den Standpunkt, dass ein *funktionierender Staat* allemal besser ist als ein anderer: es wünscht seiner Führung alles Gute bei ihren Regierungsgeschäften, viel *Durchsetzungskraft* gegen das Ausland, die Ausländer, aber auch gegen die Finanzbosse usw.

d) So schlicht stellt sich erst mal die Auflösung des linken Rätsels dar: wieso kündigt das – unter diesen Verhältnissen doch mehrheitlich geschädigte – Volk seinem Staat nicht endlich, erst recht in der Krise, die Treue? Es ist eben nicht so, dass die lohnabhängige Mehrheit eigentlich schon klar sehen würde, dass dieses System notwendig zu ihrem Schaden ausgeht und sich von diesem straighten Gedanken dummerweise ablenken lässt durch die Bildzeitung und ihre rassistischen Angebote.

8. Die *Nation* ist die *ideelle Zusammenfassung* dieser Klassengesellschaft mit ihren Gegensätzen und ihrer Machthierarchie.

a) Wenn es national denkt, dann begreift das Volk diese Gesellschaft und ihren Staat tatsächlich als die natürlichste Sache von der Welt, als etwas regelrecht vor- und unpolitisches. Es sieht sich mit Unternehmern und Politikern, also mit seinen Ausbeutern und seiner Herrschaft, in der nationalen Gemeinschaft zusammengeschlossen. Das ist das große „WIR (Deutsche)“ – das tagtäglich in der professionellen Öffentlichkeit von der Bildzeitung bis zur Tagesschau regelrecht gehirnwäscheartig reproduziert wird und den Standpunkt einer kollektiven Einheit beschwört: „Wir“ haben ein Problem mit ... der Altersarmut (Wer hat da welches Problem? Wer hat es verursacht?), „Wir“ haben ein Problem mit ... Trump und seinem Protektionismus (Wer hat da ein Problem? Ich?). (Bitte auf das falsche „WIR“ einmal achten, auch bei sich selbst!!! Immer „Wer“ und „inwiefern“ fragen!)

Der Standpunkt des politischen Kollektivs Nation („WIR“, „das große Ganze“) kennt von da aus nur nationale Gegensätze. Von den ökonomischen und politischen Gründen, die tatsächlich seine Lebensbedingungen so mies und sein Leben zu einem einzigen Kampf machen, will niemand etwas wissen – dafür sucht er Schuldige. Das sind in dieser Logik naturgemäß die, die nicht zu dieser Nation gehören bzw. nicht für diese Nation nützlich sind – Ausländer und insbesondere die Flüchtlinge. Von ihrer Führung erwarten die Anhänger dieser Idee, die Patrioten bzw. Nationalisten deshalb, dass sich ihre Nation zu allererst gegen alles nicht-Nationale behauptet. Eine im Ausgangspunkt soziale Unzufriedenheit wird so überführt in eine nationale Antwort: „UNS“ (!) geht es schlecht, weil der Staat (angeblich) „uns Deutsche“ vernachlässigt wegen der Ausländer, der Flüchtlinge... Dieser Standpunkt ist dann übrigens auch zufrieden, wenn es für diese Gruppen nur hart genug kommt, genügend brutal abgeschoben wird, die Grenzsicherung funktioniert, die Griechen sich totsparen müssen usw. – egal, was das für das eigene Leben bringt. Insgesamt ein harter Fehler (für die Geschädigten!), über den Klarheit zu schaffen und dessen Kritik sicher eine der Hauptaufgaben kommunistischer Politik ist. (die Bildzeitung kann diesen Standpunkt übrigens mobilisieren und verschärfen – *erzeugen* kann sie ihn mit all ihrer Hetze nicht!)

b) Das Volk zu zerlegen in Seiten, die einem passen (Beschimpfung der Finanzhaie) und Seiten, die einem nicht passen (Ausländerhetze) geht deshalb ebenso wenig wie die Berufung auf eine im Prinzip doch fürsorgliche nationale Staatsgewalt gegen ihre angebliche Instrumentalisierung durch mächtige Konzerne oder supra-nationale Instanzen.

Lesetipp: Ein Artikel zu Nation und einer zu „Kommunismus und Nation“ auf meiner Webseite renatedillmann.de

Darüber kann man mich auch erreichen, Mail-Adresse. Zuschriften erwünscht!